

**Bezugspreise:**  
je Heft monatlich, bei zweimal. Ausgabe  
Nr. 7. — M. 1. —, vierjährlich 21. —  
M. u. Postgebühren, L. d. A. —  
ausgegeben abgeholt M. 7. —  
monatlich, durch unv. ausw. Zustell-  
stellen bei d. d. monatl. Zustellg. d. —  
M. u. Postgeb. 11. —, bei Post  
monatlich 9.25 M., vierjährlich 27.75  
M. einj. Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen nehmen alle Postanstalten  
an. P. m. Zustellungsverzeichnis  
Einsendungen, für unrichtigen Ein-  
gang. Manne tripte wird keine Ver-  
antwortung übernommen. Nachdruck nur  
m. Quellenang. „Zool.-Zeitung“ ge-  
stattet. Ferner der Geschäftsleitung Nr.  
1140, der Anzeigen-Abtg. Nr. 1103  
u. 1153, der Bezugs-Abtg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

# Zool.-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

**Anzeigenpreise:**  
Die 8 Zeilen 34 mm breite Milli-  
meterzeile oder deren Raum 70 Pf.  
Sämtl. u. keine Anzeigenpreise  
C. Legenheitsanforderungen 40 Pf.  
Reklamen die 92 mm breite Milli-  
meterzeile 3. —. Markt. Bei Wieder-  
holung Ermäßigung 1/2 bei An-  
zeig. bedingungen. Anzeigen neh-  
men an unsere Geschäftsstellen u.  
sämtliche Anzeigenstellen. Be-  
stimmungszeit: 5 1/2 mal. Erscheinung  
täglich 2 mal. Sonntag und Freitags  
1 mal. Geschäftsleitung und  
Geschäftsstelle: Halle, Neue Dromo-  
nade 1a, Dr. Braunsstr. 17.  
Haben Geschäftsstelle: Markt 28  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 221 15.

Nr. 503.

Halle, Donnerstag, den 27. Oktober 1921.

Einzelpreis 30 Pf.

## Das neue Reichskabinett.

Reichskanzler Wirths Verwahrung gegen den Senfer Reichsbruch — Die Erklärungen der Parteien.

### Die neuen Minister.

**Berlin, 26. Oktober.** Das Reichskabinett ist wie folgt gebildet: Reichskanzler und Außenminister Dr. Wirth, Finanzminister und Schatzminister Bauer, Innerer Dr. Küster, Reichsminister Gehler, Wiederaufbau und Wirtschaftsmittel Robert Schmidt, Ernährungsminister und vorläufig Reichsfinanzminister Dr. Gernies, Postminister Giesberts, Arbeitsminister Dr. Braun, Verkehrsminister Groener, Justizminister Dr. Radbruch.

**Einige Daten aus dem Lebensgang der neuen Minister seien hier angeführt:**  
Dr. Wirth, 1879 in Freiburg geboren. Studierte Mathematik und Nationalökonomie. Nach Abschluss seiner Studien trat er in den badien höheren Schuldienst und wurde dort später Professor, 1918 Mitglied der zweiten badien Kammer. Im Jahre 1914 wurde er in den Reichstag gewählt. Bei Ausbruch der Novemberrevolution trat er als Finanzminister in die badien Regierung ein. Zuletzt Reichsminister.

**Gustav Bauer, geb. 1870.** Bis 1912 in einem Reichsanwaltschaftsamt tätig. Mitbegründer des Verbandes der Bureauangestellten. 1903 Sekretär des Zentralarbeitsreferats in Berlin. 1908 zweiter Vorkämpfer der Generalammission der Gewerkschaften Deutschlands. Seit 1912 sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter. 1918 Staatssekretär des Reichsarbeitsamtes unter dem Prinzen Max von Baden. Im Kabinett Scheidemann Reichsarbeitsminister, nach Scheidemanns Demission Reichskanzler bis zum Kapp-Zug. Ab dem Reichskabinett und Reichsverwaltungsminister bis 1920. Im Kabinett Wirth 1921 Reichsfinanzminister und Arbeitsminister.

**Dr. Adolf Küster, 1883 geboren, studierte in Hamburg, Halle, Marburg und Zürich Philosophie.** Später Privatdozent an der Königl. Hochschule in Würzburg. Die akademische Laufbahn gab er dann zu Gunsten seiner politischen und journalistischen Schriftstellerei auf. Nach der Revolution Chef der Reichsanstalt. April 1919 preussischer Gelehrter in Hamburg und gleichzeitig Reichsminister für die Abtötungsgebiete Schleswig-Holstein. 1920 nach dem Sturz des Kaisertums bei der Wahl zum Mitglied der zweiten Kammer des Reichstages wurde er Minister des Auswärtigen.

**Dr. Otto Giesberts, geb. 1875 in Ludwigsburg (Württemberg), studierte in Erlangen. Staatsanwalt in Straubing, 1905 Gewerkschaftler in München. Wurde 1910 zum ersten rechtskundigen Bürgermeister von Regensburg gewählt. Bald darnach Oberbürgermeister von Altmühlens, wo er während des Krieges verschiedene Eigenschaften vor allem während des Krieges entwickelte. In der Regierung Michaelis war er schon einmal für einen Ministerposten ausserlich gewesen. 1919 Wiederaufbauminister.**

**Robert Schmidt, geb. 1864.** Bis 1893 Kautschukfabrikant. 1898/98 und 1903/12 sozialdemokratischer Abgeordneter für Berlin V. 1919 Mitglied der Nationalversammlung für Berlin. 1920 des Reichstags auf Grund der sozialdemokratischen Reichsliste. 1893 bis 1903 Redakteur des „Kommunisten“, alsbald Mitglied der Generalammission der Gewerkschaften. 1918 unter dem Reichskanzler Prinzen Max von Baden Unterstaatssekretär im Reichsärzernährungsamt. 1919 Reichsärzernährungsminister, später Reichsarbeitsminister bis 1920. Im Kabinett Wirth wiederum Reichsarbeitsminister.

**Andreas Gernies, 1878 geboren.** Besuchte die Landwirtschaftliche Hochschule in Wuppertal. Darnach Leiter landwirtschaftlicher Winterkulturen im Rheinland und Sachsen. Später an die Zentrale der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft nach Berlin berufen. Wenige Jahre darnach an das internationale landwirtschaftliche Institut in Rom. Die kaiserliche Regierung entsandte ihn im Kriege nach der Dobrußa, um dort durch den Anbau von Getreide den Deutschen Deutschlands abzuwehren. Nach der Revolution Ministerialdirektor im Reichsärzernährungsamt. Darnach Reichsärzernährungsminister.

**Johann Giesberts, geb. 1865.** Arbeitete in verschiedenen Gewerben, leit 1891 in der Eisenbahnzentralverwaltung zu Köln-Köln. Mitbegründer und Vorstandsmittglied des Christlichen Reichsarbeitsreferats in 1900 Arbeitete ein und arbeitete an der „Westdeutschen Zeitung“. Seit 1905 Reichstags- und seit 1906 preussischer Landtagsabgeordneter. 1918 trat für soziale und Arbeiterfragen im Reichsarbeitsamt. Bald darauf Direktor im Reichsarbeitsamt. Seit Februar 1919 Reichsarbeitsminister.

**Dr. Gustav Braun, geb. 1872.** Lernete von 1886—1890 als Stein- und Buchbinder, später Redakteur und Vertriebsleiter bis 1920 Mitglied des Preussischen Abgeordnetenhaus, nach der November-Revolution in den Rat der Volksbeauftragten Preussens berufen und zugleich preussischer Landwirtschaftsminister, zunächst zusammen mit dem Landbauingenieur Döber, später allein. Im Ministerium Wirth wiederum Landwirtschaftsminister. Nach dem Kapp-Zug Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister bis zum März 1921 und bei Bildung des Ministeriums Giesberts.

**Wilhelm Groener, geb. 1867.** Bei Ausbruch des Krieges als Oberleutnant Chef der Eisenbahnabteilung im Generallstab. Später Leiter des Kriegsernährungsamtes. Unter dem Reichskanzler Dr. Michaelis Mitglied in der Frontkommission. Herbst 1918 als Nachfolger Ludendorffs erster Quartiermeister und Organisator des Rückzuges des Heeres nach Deutschland. Herbst 1919 zur Demission abgedrängt. Herbst 1920 Reichsarbeitsminister und blieb es auch im Kabinett Wirth.

**Dr. Gustav Radbruch, geb. 1878.** Juristisches Universitätsstudium. Von 1898—1901 Referendar in Lübeck. 1904—1914 Rechtsanwält und außerordentlicher Professor für Strafrecht

Prozedur in Heidesberg, dann in gleicher Eigenschaft in Königsberg. Im Kriege zunächst freiwilliger Krankenpfleger, dann als Obermann und Offizier an der Front. 1919 außerordentlicher, später ordentlicher Mitglied der Rechte in Kiel. 1920 auf Grund der sozialdemokratischen Reichsliste in den Reichstag gewählt.

### Die Entscheidung über Oberschlesien vor dem Reichstag.

138. Sitzung.

Haus und Tribünen sind überfüllt. Auf dem Reichstagsgebäude wehen die Fahnen halb mast.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung der Entscheidung der Vorkonferenz über Oberschlesien. Prääsident Loche eröffnet die Sitzung und führt u. a. aus: Das Haus müsse Stellung nehmen zu dem schweren unheilvollen Schicksal, den das Baireland durch die Zerreißung Oberschlesiens erlitten habe. Er wolle der Entscheidung des Hauses nicht vorgehen, aber er müsse doch ein Wort sagen, indem er der 220 000 Familien gedenke, die ihre Stimme für uns abgegeben und die nun gezwungen von uns Abschied nehmen müssen. Wir wollen ihnen noch einmal die Hand auf die Schulter legen und ihnen sagen: Treue um Treue! Des Gelübdes wird er folgen. (Beifall.)

Nach Erlebigung geschäftlicher Angelegenheiten nimmt der

### Reichskanzler Dr. Wirth

das Wort:  
Auf Grund der Bitte des Reichspräsidenten habe ich die Neubildung des Kabinetts übernommen. Die Liste der Minister ist die folgende: Reichskanzler und Außenminister Dr. Wirth, Finanzminister und Schatzminister Bauer, Innerer Dr. Küster, Reichsminister Gehler, Wiederaufbau und Wirtschaftsmittel Robert Schmidt, Ernährungsminister und vorläufig Reichsfinanzminister Dr. Gernies, Postminister Giesberts, Arbeitsminister Braun, Verkehrsminister Groener, Justizminister Dr. Radbruch.

Die neue Regierung ist in einer schweren äußeren Lage des Reiches und unter innerpolitischen Schwierigkeiten gebildet worden. Ich habe von dem Herrn Reichspräsidenten das verantwortungsvolle Amt übernommen und meine Mitarbeiter gesucht und gefunden, die mit mir eines Glaubens sind, daß es nicht angängig ist, das Schicksal des Vaterlandes durch eine lange Krisis der Regierung zu bilden oder durch eine handlungsunfähige Regierung aufs Spiel zu legen. Ich spreche auch diesen Männern an dieser Stelle besonderen Dank für ihre Bereitwilligkeit zur Mitarbeit aus. (Beifall links.) Es ist uns durch die Verhältnisse auferlegt worden, innerhalb kürzester Frist Stellung zur Entscheidung der Vorkonferenz über Oberschlesien zu nehmen und die damit verbundenen Entschlüsse durchzuführen. Vor diese Entscheidung der Vorkonferenz gestellt, hat sich die frühere Regierung entschlossen, dem Herrn Reichspräsidenten ihre Demission anzugeben und mit diesem Schritt die Auffassung bekräftigt, daß sie die Entscheidung über Oberschlesien in der Form, wie sie erfolgt ist,

für ein Unrecht, für ein Unglück

ansieht. Sie hat zugleich mit dem Herrn Reichspräsidenten begründeten Schreiben an den Reichspräsidenten sich dahin ausgesprochen, daß durch den Spruch der Vorkonferenz eine neue politische Lage geschaffen sei. Im Namen der neuen Regierung erkläre ich, daß auch sie in der Beurteilung der Entscheidung über Oberschlesien in nichts von dem Standpunkt der vorigen Regierung abweicht. Auch die neue Regierung ist der Meinung und betont dies förmlich vor aller Welt,

daß durch den Spruch der Vorkonferenz Deutschland und dem betroffenen Oberschlesien harte Gewalt angetan wird.

(Lebhafte Zustimmung.) Die Entscheidung dürften nach dem Vertrage nur die Hauptmächte selbst treffen. Sie haben sich dieser Pflicht jedoch dadurch entzogen, daß sie den Rat des Völkerbundes um ein Gutachten ersuchten und zugleich dahin übereinkamen, die Gutachten, wie es auch lauten möge, als für sie bindend hinzunehmen. Nach unserer Auffassung, die mit dem allgemeinen Reichsempfinden identisch ist, verstoßt die hierin liegende Uebertragung der Entscheidung an eine andere Instanz gegen den klaren Wortlaut des Vertrages. (Lebhafte Zustimmung.) Die getroffene Entscheidung muß selbst anerkennen, daß die alliierten Hauptmächte nicht imstande gewesen sind, eine Grenze zu finden, die sowohl dem durch die Abtötung bedingten Willen der Einwohner als dem geographischen und wirtschaftlichen Verhältnissen gerecht wird. Sie stellt vielmehr ausdrücklich

fest, daß die gewählte Linie wichtige wirtschaftliche Interessengebiete zerreißt (lebhafte Zustimmung), also die Gefahren und Nachteile für das Land Oberschlesien nicht vermeidet, die durch die Bestimmungen des Vertrages vermieden werden sollten. — Hieraus ergibt sich, daß eine solche Grenze nicht gezogen werden durfte, weil sie die Deutschland durch den Vertrag gewährleisteten Rechte verletzt. (Lebhafte Zustimmung.)

Zugleich mit der Festlegung der Grenzlinie haben die alliierten Hauptmächte beschlossen, den beteiligten Staaten ein Uebergangsregime aufzuzwingen, eine Nachregel und Verfügung, die gänzlich außerhalb der ihnen vom Vertrag zugewiesenen Befugnisse liegt. (Sehr richtig.) Artikel 92 verpflichtet Deutschland lediglich, mit Polen eine gänzliche Abkommen zu treffen. Nirgends aber bestimmt er, daß der Inhalt eines solchen Abkommens von den Alliierten diktiert werden kann. (Lebhafte Zustimmung.) Diesen Standpunkt und diese Rechtsauffassung wird die neue Regierung den alliierten Hauptmächten in einer ihr geeignet erscheinenden Weise unter Vorbehalt zum Ausdruck bringen. Sie wird keinen Zweifel darüber lassen,

daß sie die Entscheidung der Vorkonferenz als gegen Vertrag und Recht verstoßend erachtet

und daß sie Deutschlands Rechte auf das uns entzogene Land in keiner Weise als berührt erachtet kann durch einen Zustand, der hier durch Gewalt geschaffen werden soll. (Lebhafte Beifall.)

Die nächste und dringendste Aufgabe ist, ob dem Verlangen der alliierten Hauptmächte nachgekommen werden soll, einen Vorkonferenz über das Uebergangsregime zu entsenden. Eine Regierung, deren Pflicht es ist, Politik zu machen, aber nicht die unvorhergesehenen Wege der Geschichte zuzugreifen, kann nur eine Entscheidung treffen, die den nächsten berechenbaren Interessen Oberschlesiens selbst und ganz Deutschlands gerecht wird. Unsere Pflicht ist es, die Hunderttausende deutscher Volksgenossen, die durch den Nachspruch der alliierten Hauptmächte zu Polen geschlagen werden sollen, nicht im Stich zu lassen und den Versuch zu machen, die durch die Zerschneidung von Oberschlesien drohende Verelendung bisheriger Gebiete so weit wie möglich abzumildern. Von solcher Betrachtungsweise ausgehend, wird die neue Regierung einen Beschlusses in der Richtung zu den Vorkonferenzverhandlungen erkennen und dies den alliierten Hauptmächten unverzüglich mitteilen. Auch hierin stimmt die neue Regierung ihrer Vorgängerin vollkommen zu. Es ist kein Zweifel und was ein großer Fehler, der deutschen Bevölkerung und dem Auslande zu verschweigen, daß die Entscheidung nach den vorangegangenen Verhandlungen seines Territoriums und nach den Verheerungen der Nachkriegszeit verlebte Wirtschaftskraft durch die Entscheidung über Oberschlesien so vermindert wird, daß alle Berechnungen, die auf ihrer Grundlage hinsichtlich der Erfüllung der deutschen Reparationsleistungen aufgestellt waren, auf neue in härtesten Zweifel gezogen werden müssen. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes betrug die Bevölkerungszahl des Abtötungsgebietes 1 950 000, von denen wir 955 000 Einwohner oder 49 Prozent verlieren sollen. Setzt man diese 49 Prozent in Vergleich mit dem Abtötungsergebnis: 62 Proz. deutsche und 38 Proz. polnische Stimmen, so werden nach der Entscheidung 11 Proz. mehr von der Bevölkerung von uns abgetrennt, als für Polen gestimmt haben. (Sehr richtig!) Hierbei ist noch nicht berücksichtigt, daß das Ergebnis der Abtötung sich in voller Höhe und unter wirksamem Schutze abgepflegt hätte (Sehr richtig!) und nicht, wie in großen Teilen verschiedener Teile geschah, unter juchendem polnischen Terror. (Sehr wahr!)

Mit dem abzutretenden Gebiet gehen uns große und blühende deutsche Städte verloren, die als die Zentren deutscher Kultur in Oberschlesien anzusehen sind. Ich erwähne insbesondere die Stadt Ratibitz, die mit 81 bew. 78 Proz. aller abgegebenen Stimmen ihre Zugehörigkeit zum deutschen Vaterlande befehndet hat, ebenfalls Königs- hütte. Die Grundfragen, denen Oberschlesien seine Blüte verdankt, bilden seine Bodenschätze, unter denen die Kohle den ersten Platz einnimmt. Von 61 Betrieben und Stein- kohlenbergwerken fallen 49% an Polen, so daß nur 11% deutsch bleiben. Von den 61 Gruben wurde zuerst eine Jahres- förderung von 31,76 Millionen Tonnen erzielt. Davon fallen 24,6 Millionen Tonnen an Polen und 7,1 Millionen Tonnen verbleiben bei Deutschland, mit anderen Worten: 75,5 Proz. der ober-schlesischen Kohlenförderung fallen an Polen. Jetzt man in die Betrachtung bis zu 1000 Meter Tiefe Kohlenvorkommen hinein, so verbleiben Deutschland von 60 Milliarden Tonnen

arden, 90 Prozent des Vorkommens also fallen in Polen.

Der Reichstagler schiedert dann weiter, was mit in Österreich an Worten verliert, legt gegen die hierdurch geschaffenen Zustände als gegen eine Rechtsverletzung die

**letztlichste Verwarnung**

ein und führt fort:

Leblich durch die in der Note ausgesprochene Drohung, und um die der deutschen Bevölkerung des oberösterreichischen Anfuhrergebietes sonst bevorstehende Verelendung soweit wie möglich zu vermindern, steht sich die deutsche Regierung gezwungen, dem Diktat der Mächte entsprechend, die darin vorgeschlagenen Delegierten, ohne damit ihre Rechtsauffassung zu ändern, zu ernennen. (Sechster Beifall.)

Hg. Dr. Müller-Franken (Soz.) dankt den oberösterreichischen Mitbürgern für ihre Haltung, um so mehr, als gerade die deutschen Gemeindefürer die härtesten Träger des deutschen Gebanens gewesen sind. Wir müssen den Oberösterreichern praktische Hilfe leisten. Der Vor des Bollerndensgebans habe der Spruch jedenfalls bei uns keinen Dienst erwiesen. Der Spruch hätte von einem unparteiischen Gerichtshof gefällt werden müssen, nicht von dem Beschlüssen selbst. Lloyd George habe sich auf ein andoerem Standpunkte gefunden, ist aber doch höchlich unangenehm. Der Verlust Oberösterreichs erschüttert die Erfüllungsmöglichkeit. Daran ändert auch das fünfjährige Interregnum nichts. Die Entscheidung widerspricht dem Friedensvertrag und schafft für Oberösterreich eine ganze Reihe fortwährender Streitpunkte. Der wirtschaftliche Geban muß über den nationalökonomischen liegen. Darum müssen die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Polen im Sinne der Verständigung geführt werden. Redner dankt dem Reichstagler im Namen seiner Partei für seine Opferwilligkeit in schwerer Stunde. Fällt die Entscheidung heute gegen den Reichstagler aus, hat auch die Wehrmacht die Pflicht, die Herrschaft an den Gerüstgeistesinn der Entente dar zu verleiht. Speziell Lloyd Georges Worte waren eine Enttäuschung. Jede Maßität auf den Willen der oberösterreichischen Bevölkerung ist fallen gelassen worden. Städte mit 85 000 deutscher Stimmen sind zu Polen gegeben worden. Würde jetzt die Frage zur Abstimmung gestellt: Ganz zu Deutschland oder geteilt zu Polen? — so würden die meisten Oberösterreichler, die damals für Polen stimmten, heute für Deutschland stimmen. (Sehr richtig.) Das uns diffizierte Wirtschaftsabkommen mit Polen enthält unerhörte Zumutungen für Deutschland, die weit über den Friedensvertrag hinausgehen. Frankreich hat diese Grenzlinie gezogen und wir Oberösterreichler sind schmäßig verächtelt worden.

Sech. Zustimmung.) Der Reichstagler hat alles getan, um Oberösterreich zu retten. Der von uns ersehnte Friede mit Polen wurde durch die Genfer Entscheidung unmöglich gemacht. Deutschland wird nie den Verlust bis ins Landesvergeffen können. Das Wirtschaftsabkommen mit Polen kann Oberösterreich nicht helfen. Wir verstehen es, wenn die Regierung unter dem Zwang der Lage dennoch einen Kommissar entsendet. Wir müssen aber verlangen, daß der deutsche Vertreter wirklich Gleichberechtigung erhält. Durch die Entsendung unseres Vertreters wird unser feierlicher Protest nicht berührt. Wir hoffen auf die Gerechtigkeit der Weltgeschichte. Deutsche und Oberösterreichler bleiben trotz aller Grenzen zusammen. (Sech. Beifall.)

Hg. Hergt (Dn.): Es ist sehr bedauerlich, daß die Leiter der deutschen Politik sich nicht zu einer rationalen Wehr haben aufschwüngen können. Der Reichstag hat sich der Situation nicht gewachsen gezeigt. Wir haben ein klares Recht auf das angestrebte Oberösterreich (Beifall). Der Genfer Diktat ist schlimmer als das Bonboner Ultimatum. Wir erleben die härtesten Protest gegen seine Annahme. Wir ergehen damit auch nicht dem Konflikt, der einmal ausgetragen werden muß. (Sehr richtig richtig.) Wir müssen dem Gegner beweisen, daß wir entschlossen sind, die letzten Konsequenzen aus unserer eigenen Lage zu ziehen. Darum müssen wir nicht nur das Genfer Diktat ablehnen, sondern auch die Entsendung deutscher Delegierter für das Wirtschaftsabkommen. (Von der Zuhörerschaft wurde gerufen: Annetiere und protestiere, Hergt!) — Präsident Boeb veranort den Rufer. Wir müssen jetzt endlich übergehen von der positiven Duldungspolitik zu einer positiven Politik des Willens. Wir müssen Freidetermination treiben, als wir wollen oder nicht. (Beifall richtig.) Wir werden nicht züben und zalten, bis die Mindermeinung mit Oberösterreich ein ist. (Sech. Beifall.) Wir behaupten, daß die Garantie für diese große Politik nicht in der Zusammenfassung der neuen Regierung gegeben ist. Es scheint, als ob es bei der alten Politik bleiben soll. Der Erfüllungsfunktus muß verschwinden. Unser Ziel ist, daß das neue Kabinett nur eine Episode, nur eine Eintagsfliegen sein wird. (Bravol richtig.)

Hg. Malchahn (Komm.) erklärt wegen des Zurückes: Ihr Bedroher seid die Schuldigen eines Ordnungsruf.

Hg. Stahl (D. B.) beantragt, daß das Interesse der Kabinetsbildung die Gefahr für Oberösterreich ganz zurückgedrängt habe. Wir stellen die Forderung, dieses andere muß vor dem Reichstuhle zurücktreten. Wir sind damit nicht durchgebunden. Wir wollen die brutale Gewalt gegen uns aber uns ergehen lassen und keinen Zweifel daran lassen, daß wir das Recht haben, als Recht anerkennen können, daß Oberösterreich deutsch ist und von uns als deutsch auch fernrecht betrachtet werden wird. Auf diesem Standpunkte stehen wir noch heute. Was die Sanktionen widersprechen schon dem Verfaller Vertrag und dem Völkerrecht. Das Wirtschaftsabkommen ist aber geradezu ein Dösn. Kein Wort davon steht im Friedensvertrag. Es ist ergötzlich und ein Rechtsbruch im schwersten Sinne. Man will uns damit nur den Vorwand nehmen zu sagen, daß wir durch den Verlust Oberösterreichs in der Erfüllung unserer Vertragspflichten gehindert seien, daß unsere Leistungsfähigkeit auf das Entschietste gefährdet ist, steht außer allem Zweifel. Dieses Wirtschaftsabkommen können können keine Freidetermination annehmen. Wir haben nicht die Ehre, die durch die Entsendung eines deutschen Delegierten nicht als Anerkennung des Diktats angesehen wird. Die Pflichtentbindung ist die einzige klare Form der Ablehnung. Darin können wir gegen die Entsendung. Die Genfer Entscheidung muß unser schwebendes Vertrauen zum Kaiserstand vollends erschüttern. (Sech. Beif.)

Präsident Boeb teilt mit, daß von den Parteien der Rechten und der Linken namentliche Abstimmung über einen Vertrauensantrag des Zentrum und der Sozialdemokraten beantragt worden ist.

Hg. Dr. Brechtelheide (L. S.) beklagt sich für seine Partei den Verlust Oberösterreichs und der Oberösterreichler. Die Entscheidung über Oberösterreich ist die folgerichtige Entwid-

lung der imperialistischen Politik. Die internationale Arbeiterkraft wehrt sich gegen jeden Imperialismus, aber sie kann dabei nicht die von Herrn Hergt empfohlenen Mittel anwenden.

Das oberösterreichische Problem ist in Wirklichkeit ein soziales. Die Arbeiter werden politisch, weil deutsche Unternehmer sie unterdrücken. (Sehr richtig b. d. L. S.) In der Beurteilung der Reichstagsstimmen meine Freunde nicht mit dem Reichstagsler überein. Das formale Recht des Friedensvertrages würde eine Teilung Oberösterreichs anlassen. Die Entscheidung entspricht aber nicht dem wirtschaftlichen und geschäftlichen Interesse des Landes und nicht der Stimmung der Bevölkerung. Wir behaupten die Zerlegung des einheitlichen Wirtschaftsgebietes. Die ganze Krise sei aber nur dadurch so schlimm geworden, weil die Demokratie die Gelegenheit benutzte um wollte, die Koalition durch für Liebeswerben um die Volkspartei nach rechts abdrängen. Diese demokratische Wöitler der letzten Tage sage an Verantwortungsfähigkeit ihresgleichen. Dem neuen Kabinett sagt Redner in gewissem Sinne Unterstützung zu, ohne sich indessen zu verbind.

Präsident Boeb teilt eine Kundgebung des Provinzialparlamentes der Provinz Schlesien, die von allen Parteien, von den Deutschen bis zu den Reichstagsparlamenten unterschrieben ist und die Ablehnung des Genfer Diktats fordert.

Hg. Schäding (Dem.) verliest folgende Erklärung seiner Fraktion:

Die Fraktion stimmt im Interesse Oberösterreichs der Entsendung eines Kommissars zur Abwicklung der sich aus dem Diktat ergebenden Fragen zu unter der Voraussetzung, daß sich darüber keine Einwirkung über dem Friedensvertrag widersprechenden Entscheidung ergibt. Sie muß markieren, daß sich die Regierung von diesem Standpunkt nicht abbringen läßt, und macht ihre zukünftige Stellung zu der Regierung davon abhängig. Da sie hierüber nach den Verhandlungen bei der Regierungsbildung die notwendige Sicherheit nicht erlangen konnte, vermag sie sich an der Regierungsbildung nicht zu beteiligen. Nur im Hinblick auf die Eigenart des Wirkungsgebietes des Reichsministerbüros hat sie sich damit einverstanden erklärt, daß Herr Gehler dem dingenden Ertrihen des Reichstagslers als weitere Geschäftsführung dieses Ministerbüros entsprochen hat, in der Hoffnung, daß das wichtige Ministerium auch in Zukunft dem Wesen der politischen Konstellationen entgegen wird.

Der Redner weist dann den Vorwurf zurück, daß seine Fraktion sich unbedenklich benommen habe. Wenn eine Regierung die Lebensregelung gemeint, daß ihre Außenpolitik nicht den erwarteten Erfolg gehabt hat, dann hat sie die Pflicht zurückzutreten. Die Ausschließung Oberösterreichs zeigt die Tendenz des unvernünftigen Bänderkaubes. (Sech. Zustimmung.) für politische Konflikte muß endlich ein unabhängiges Tribunal geschaffen werden, das in die Forderung aller Beteiligten. Deutschland habe nach dieser Entscheidung ein Recht auf die Herabsetzung seiner Reparationsleistungen. Der oberösterreichischen Verbänden müsse die Entschuldig Trost gehören, daß das natürliche Recht doch schließlich siegen muß.

Hg. Malmgren (Bayer. Volksp.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, die ihren Einspruch gegen das Genfer Diktat erhebt und sich gegen die Entsendung eines deutschen Delegierten ausdrückt. Es ist nicht in den Auftrag der Deutschen Volkspartei, der Deutschen Nationalen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und des Bayerischen Bundesbundes eingegangen, der gegen den Genfer Spruch Einspruch erhebt und betont, daß das deutsche Volk niemals diese neue Gewalt als Recht anerkennen, vielmehr stets in den Deutschen Oberösterreichs seine Verbunden und in der oberösterreichischen Erde deutsches Land sehen wird.

Hg. Heidemann (Komm.) der Widerspruch offenbart sich immer mehr als eine Not und Widerspruch zur Wiederhaltung des internationalen Proletariats. Schuld an dieser Politik seien aber die Vertreter des alten Kaufes und mit ihnen die Mehrheitssozialisten.

Hg. Dr. Lent (Komm. Arbeitergemeinschaft) sagt der Regierung die Unterstützung seiner Partei zu, wenn sie endlich den Kampf gegen die Reaktion führen wolle.

Nachdem die Hgg. Marx (Zentrum), Müller-Franken (Soz.) und Ledebour Erklärungen abgegeben haben, daß ihre Fraktionen nur für den Vertrauensantrag stimmen werden, kommt es zur namentlichen Abstimmung, in der das Zentrum, die Sozialdemokraten und die Unabhängigen für den Vertrauensantrag stimmen.

Die Abstimmung ergibt die Annahme des Vertrauensvotums mit 230 gegen 152 Stimmen bei 9 Stimmentzählungen.

Auch über den Antrag C m m l n g e r erfolgt namentliche Abstimmung. Der Antrag wird mit 213 gegen 152 Stimmen abgelehnt. Hiergegenwärtig entspringt sich der Stimmentzählung. Das Ergebnis wird von Seiten der Rechten mit Zügen und Wulstungen aufgenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag, 3. November, nachmittags 3 Uhr. Tagesordnung: Interpellationen. — Schluß um 12 Uhr nachts.

**Einberufung der Polen in Deutschland.**

München, 26. Okt. Die „München-Augsburger Zeitung“ meldet: An die in Bayern sich aufhaltenden polnischen Arbeiter ergingen Einberufungen am letzten Donnerst. Über 1500 Polen haben Bayern bereits verlassen.

**Die Polen sind mit der Genfer Entscheidung einverstanden.**

Paris, 26. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Die polnische Regierung hat durch die Vermittlung ihres Gesandten in Paris den Präsidenten der Völkervereinigung Gambon benachrichtigt, daß sie die affizierte Note über die Teilung Oberösterreichs annimmt. Außerdem hat die polnische Regierung Herrn Wöitler bestimmt, um sie in der gemischten Kommission zu vertreten.

**Die deutschen Vertreter in der oberösterreichischen Kommission.**

Wien, 26. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Wie aus zuverlässiger Quelle bestimmt verlautet, stehen die Namen der von deutscher Seite in die oberösterreichische Kommission zu entsendenden Vertreter bereits fest für den Fall, daß Deutsch-

land dem Versuch der Entente überhaupt entsprechen sollte, was in den Kreisen der Interalliierten Kommission nicht mehr bezweifelt wird. Angeblich sind es sich um drei Vertreter der oberösterreichischen Industrie, deren Werte und Ertruden beiderseits der neuen Grenze liegen, sowie um den Grafen Prachma handeln. Der bisher bereits die deutsche Regierung bei der Interalliierten Kommission vertreten hat, dann aber nach Bekanntwerden der Genfer Entscheidung von seinem Posten zurückgetreten ist.

**Die Zusammenfassung der polnischen gemischter Kommission.**

Warschau, 26. Oktober. Die polnische Delegation für die Gemischte Kommission in Oberösterreich steht fest. Hauptkommissar wird der Danziger Generalkommissar Pucyński, sein Stellvertreter Graf Szembel, als Kommissare für die innere Verwaltung Murawski, für Finanzen der sozialistische Abgeordnete Dr. Diamant, für Eisenbahn der früherer Eisenbahndirektor Gebhardt und als technischer Berater der amerikanische (?) Oberst Barbel.

**Die Furcht vor Deutschland.**

Auch das Rohmaterial muß zerstört werden

Bekanntlich ist Deutschland von einem Reich von Ueberwachungskommissionen überzogen, die auf Anzeigen ausländischer Spione oder auf Mitteilungen, die aus gewissen deutschen Kreisen stammen, sich in allen Industriezweigen darüber zu informieren suchen, ob irgendwo noch Material vorhanden ist, das aus Kriegsbeständen herkommt und das bisher der Ueberwachung der Reichstreuehandelsellschaft entgangen sein könnte.

In Deutschland hat eine Unterkommission der französischen Militärkontrollkommission unter Führung eines Majors Grauz die Kontrolle der dortigen Waffenfabriken übernommen, die vor dem Kriege in großem Umfang Militärwaffen anfertigten. In diesen Fabriken lagern noch heute größere Mengen von sog. Kontrollringen, wie die unangesehnten und unangesehnten Güstide genannt werden, aus denen Gewehrteile hergestellt werden. Das für die Güstide verwendete Material war hochwertiger Stahl, wie er in gleicher Güte jetzt nur äußerst schwer herzustellen ist.

In Deutschland kommen Fabriken, die diese Kontrollringe herstellen, z. B. die Erfurter Gewehrabrik, die Rheinische Metallwarenabrik um, hatten sich mit den in Frage kommenden Behörden in Verbindung gesetzt, um dieses Material zu zerstören. Abgesehen davon, daß kleine unbedeutende Mengen zur Herstellung von Jagdgewehren und Teilgins Verwendung finden konnten, war vor allem daran gelegen, diesen Stahl zur Herstellung von Rohren, Gewehrgehäusen, Drehtischen um zu erhalten. Die Entente hat jedoch alle diese Geschäfte als schädlich bezeichnet, und Major Grauz hat nunmehr bei der Erfurter Waffenabrik damit begonnen, die Stahlringe zu zerstören zu lassen. Es handelt sich in diesem Falle um ca. 600 000 Ringe, also 360 000 Tonnen Stahl, die einen Wert von annähernd 12 Millionen Mark repräsentieren.

Die Erfurter Gewehrabrik muß diese Stahlringe durch Ueberführung und Deformieren unter dem Schmelzhammer derart bearbeiten, daß der Stahl seine Güte vollständig verliert und das Material bestenfalls noch als Schmelzblechen zu verwenden ist. Diese Maßnahme soll jetzt auch in anderen Großbetrieben durchgeführt werden, die über ähnliche Bestände verfügen.

**Ungarn und die Entente.**

Paris, 26. Oktober.

Die Instruktionen, die die Völkervereinigung den Vertretern der Entente in Budapest überreicht hat, zeigen, daß die Entente ein für allemal mit dem Karolismus in Ungarn aufzukommen möchte. Hätte sie nach dem ersten Wechsele eine ebenso klare Haltung eingenommen, so wäre der zweite Versuch unterblieben. Es scheint dem Völkervereinigungsbüro nicht über die Augen zu sein, wie gefährlich für die Ententeinteressen die von den Ungarn fortwählig aufrecht erhaltene Resart ist, daß Karol nicht abgesetzt, sondern angestrichelt nur verdrängt ist, seine königliche Macht auszuüben. Wie sich die ungarische Regierung in ihrer Note an den schweizerischen Bundesrat vom 12. April ausdrückt, ist der König nur momentan seiner Funktionen beraubt; so können die Ungarn selbst machen, daß alles, was seit dem 31. Oktober 1918 in Ungarn geschieht, ist, null und nichtig ist. Wie aus dem Thronsetz Karol hervorgeht, kann ein ungarischer König niemals in eine Selbstverleugung Ungarn willigen. Welche Perspektiven, wenn der ungarische Thron restauriert würde oder wenn sich die ungarische Regierung auch nur weigern würde, die Absetzung des Königs Karol feierlich zu proklamieren.

Die Völkervereinigung hat gefunden, es sei höchste Zeit, nun einmal eine klare Lage zu schaffen. Der Versuch ist einmütig gescheit. Es steht außer Zweifel, daß im Falle die Ungarn nicht selbst Ordnung schaffen, die kleine Entente carte blanche erhält. Das scheint aus der Ablehnung der Verantwortung durch die Völkervereinigung hervorzugehen. Die kleine Entente ihrerseits wird nicht handeln können, ohne daß Italien verurteilt, die Kontrolle über das Ganze zu behalten.

**Deutsches Reich.**

Deutsches Reichstagstag in Bremen. Der Reichstagstag tritt am Freitag, 11. November, vormittags 11 Uhr, im Rechenhaus des Reichstages in Bremen (Gängepark) zu einem Beamtentag zusammen. Zur Beratung steht folgende Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit des Reichsausschusses. Referent: Herr Vogt. 2. Beamtentag gesetz — Beamtentag. Referent: Herr von Döitzig. 3. Die demokratische Beamten. Referent: Herr. Elfe Fisch. 4. Gewerkschaftsbewegung der Beamten. Referent: Herr Remmes. 5. Wahl der Mitglieder des Reichsausschusses. 6. Die wirtschaftliche Lage der Beamtenschaft. Referent: Herr Fischel. 7. Stellungnahme zur Wirtschaftspolitik. Referent: Herr Schulz (W. d. R.). 8. Demokratisierung der Verwaltung. Referent: Herr Dr. Großmann (Marlenwerder). 9. Verschiedenes.

**Auslands-Rundschau.**

Der Prinz von Wales tritt heute seine Reise nach Italien und Japan an. Er wird nicht vor Juni nächsten Jahres zurück erwartet.

# Halle und Umgebung.

Halle, den 27. Oktober 1921.

## Gegen die rechtliche Sonderstellung der Schutzpolizei.

Der Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands, in dem mit 120 000 Mitgliedern die größte Mehrzahl der gesamten deutschen Polizeibeamten vereinigt sind, hatte am 20. d. M. die Vertreter seiner Landesverbände zu einer Konferenz nach Berlin in das Beherrenvereinshaus berufen. Es wurde Stellung genommen gegen die von der Regierung in einzelner Bundesstaaten, insbesondere von Preußen, beschlossene Schaffung eines Beamtenordnungsrechtes für die vom Reich subventionierten, staatlichen (grünen) Polizei. Dieser den Vorarbeiten der Landesverbände während zahlreicher Regierungskongresse und Parlamentarier amvovend. Auch andere Beamtenvereinigungen, insbesondere der Deutsche Beamtenbund als Spitzorganisation, waren vertreten.

Vom beamtenschützlichen Standpunkt verwarf der erste Referent Geheimrat Gröber in ausführlichen Ausführungen jede beamtenschützliche Sonderstellung der Schutzpolizei und forderte die Unterstellung dieser Beamten unter das für alle Beamten geltende Beamtentrecht. Diefelbe Forderung stellte die zweite Referent Generalsekretär Dr. Franke, der die Angelegenheit vom wirtschaftlichen, sozialen und beamtenschützlichen Standpunkt aus beleuchtete. Es wurde folgende Entschlossenung angenommen:

Die am 20. Oktober im Beherrenvereinshaus Berlin tagende Konferenz der Landesorganisationen des Reichsverbandes der Polizeibeamten Deutschlands, auf der mehr als 120 000 Polizeibeamte vertreten sind, hat sich in Gegenwart von Vertretern der obersten Behörde des Reiches und der Länder, der politischen Parteien, der Presse und der Beamtengewerkschaften eingehend mit der beamtenschützlichen Stellung der subventionierten staatlichen Polizei befaßt. Die Tagung stellt erneut fest, daß die Dienstverhältnisse dieser Beamten eine Sonderbehandlung hinsichtlich ihrer beamtenschützlichen Stellung weder bedingen noch rechtfertigen. Es befindet sich damit in Uebereinstimmung mit demnach zu erkennen des Beamtentrechts. Diese Uebereinstimmung besteht auch bezüglich des vorliegenden preussischen Referentenentwurfs für ein loganames Schuttpolizeibeamtengesetz.

Der Referent entwarf, zum Gesetz geworden, würde nach Ansicht der legenden Vertreter einen Aufschwung der subventionierten Polizei zeitigen, der diese Polizei unfähig zur Erfüllung ihrer Aufgaben machen würde. Darüber hinaus sieht der Referent im Entwurf eine Entwürdigung der Beamtenschaft der Landesorganisationen, weil die mit der Gesetzesvorlage nicht in Einklang zu bringen ist. Der Entwurf wird deshalb sowohl aus polizeiwirtschaftlichen als auch beamtenschützlichen Gründen abgelehnt und gebilligt:

1. Für die Beamtenschaft der vom Reich subventionierten, staatlichen Polizei unbeschränkt das gleiche Beamtentrecht mit den übrigen Beamten.
2. Schaffung eines einheitlichen modernen Polizeirechts, das auch die Dienstunfall- und Krankenfürsorge für die gesamte Beamtenschaft nach gefunden, sozialen Grundfragen regelt.

Der vorliegende Entwurf kann dazu keine Grundlage dienen und wird von der Beamtenschaft lebhaft als Versuch gewertet, das Berufsbeamtentum anzutasten.

Der Kartellhöchstpreis von 85—90 Pfennig je Hund, über den geltend der städtische Wirtschaftsausschuß Mittelungen im Abendblatt veröffentlicht, ist nur für den Kleinhandel zulässig, nicht für den Großhandel. Er darf auch nur, das sei nochmals betont, für die besten Sorten genommen werden.

Schwarzwald. In der am 31. Oktober beginnenden Schwärzwaldperiode kommen zur Verhandlung, am 31. Okt. vorm. 9 Uhr, gegen den Polizeiuwachenmeister Rudolf Böhm wegen des Hitzmordes Otto Wartenke wegen Sanftreiterdiebstahls; am 2. November, vorm. 9 Uhr, gegen den Arbeiter Paul Böhm wegen Landfriedensbruchs; am 3. November, vorm. 9 Uhr, gegen die Arbeiterin Frieda Wertz, die Martha Heyne geb. Schindler, 3. den Arbeiter Alfred Knoll, 4. die Frieda Peters, 5. die Klara Ulrich geb. Weier wegen Mordtötung; am 4. November, vorm. 9 Uhr, gegen den Hüttenarbeiter Karl Böhrer wegen Mordtötung und Bedrohung; am 5. November, vorm. 9 Uhr, gegen den Bureauhilfsarbeiter Georg Meyer wegen Unterschlagung und Betrug; am 6. November, vorm. 9 Uhr, gegen den Reisenden Reinhold Bonag wegen Unterschlagung im Amt; am 8. November, vorm. 9 Uhr, gegen den Postkassierer Martin Knofe wegen Unterschlagung im Amt; am 8. November, vorm. 9 Uhr, gegen den Postkassierer Hermann Biegler wegen Unterschlagung im Amt; am 9. November, vorm. 9 Uhr, gegen den Bauarbeiter Otto Reubaue wegen Sanftreiterdiebstahls.

Jum Anzeigenspreis. Zu dem am 24./25. d. M. gestellten Schiedsgericht des Schiedsgerichtsausschusses wird der Deutschnationale Danbunsgewerkschaften-Verband in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am Freitag, den 28. Oktober, abends 8 Uhr, im Saal des „Neumarkt-Schützenhauses“, Hatz 41, Stellung nehmen, da sich die Parteien bis Sonnabend, den 28. d. M., mittags 12 Uhr, für oder gegen die Annahme erklären müssen.

Rechtszahlung bei der Post. Die Zahlung der Militärrenten und der Invaliden- und Unfallrenten findet beim Postamt 1 (Str. Steinstr.) wie folgt statt: 1. für Militärrenten am 28. Oktober für die Nr. 1—15 000, am 29. Oktober für die Nr. 15 001 bis Schluß, am 31. Oktober für die an den ersten beiden Zahltagen nicht abgehobenen Militärrenten. Am 1. und 2. November werden Militärrenten nicht gezahlt. 2. für Invaliden- und Unfallrenten am 1. November für die Nr. 1—8 000, am 2. November für die Nr. 8 001 bis Schluß. Vom 28. Oktober bis einschließl. 6. November werden Renten in der Zeit von 8 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm., an den folgenden Tagen von 9—12 Uhr vorm. und 3—6 Uhr nachm. gezahlt.

Die Ortsgruppe Halle und Umgebung des Bundes der Auslandsdeutschen feiert am Sonnabend, den 29. Oktober, abends 8 Uhr, im großen Saal der Saalstraße 100, ihre 25-jährige Stiftungsjubiläum. Ihre Mitwirkung hat die Kongressleitung Frau Montag-Engel, die holländische Volksliederleiterin u. a. zugezogen. Alle Freunde und Gönner der Auslandsdeutschen sind gebeten, sich an dem Feste zu beteiligen. Der Eintrittsgeld des Festes kommt der Wohlfahrtskasse der Ortsgruppe zugute.

Der Referent in Halle und Umgebung hält Sonnabend, den 29. Okt., nachm. 3 Uhr, in der Hofe (am Markt), eine Festigung zu Ehren der aus dem Amt getretenen Mitglieder.

Polizei-Verband Halleher Regellfuß G. R. Das Schlußwettspiel des Städte-Wettspiels Torgau-Leipzig-Halle fand am Sonntag, den 26. d. M., hier in Halle statt. Jeder Verband hatte eine Mannschaft von 10 Kugeln zusammengestellt, die während der letzten Sonntage abwechselnd in Torgau und Leipzig und Halle zu liegen hatten. Jeder Regler hatte in jeder Stadt 30 Kugeln hinterlassen zu werden. Als Sieger aus diesem Wettkampf ging der Verband Leipzig mit 7400 Holz gegen Halle mit 7288 Holz hervor. Die Lokale Mannschaft, ein noch junger Verband, erreichte nur 6901 Holz. Der folgende Verband erhielt den vom herausfordernden Torgauer Verband gestifteten wertvollen Pokal und die besten Regler des Tages Herr Jannich-Torgau mit 50 Kugeln 274 Holz und Herr Goslar-Leipzig mit 271 Holz wurden durch Ueberreichung eines Ehrenzitates mit Schleiße und Widmung geehrt. Dem die beste Kugel aus dem ganzen Kampfe, Herr Horn-Halle, mit 150 Kugeln 782 Holz. Der Sieg wäre dem Leipziger Verband bestimmt streitig gemacht, wenn nicht einige Halleische Regler vollständig verlag hätten.

Das Aben der Juterräder ist in der Umgebung bei der Trockenheit mit großer Schwere zu bedauern. Es ist nicht nur mit dem Mähdreher möglich, vor dem vier und nicht selten sechs Pferde vorgezogen sind.

Engel in der Kamm. Vor drei Wochen sind in lebenden Bildern nach Westen aller Welt möglich mit unter Referat um so mehr aufmerksamer machen, je näher der Zeitpunkt der Juterräder dieser lebenden Bilder heranrückt. Am 2. und

## Massenuntergebung gegen den Raub Oberklosters.

In der Gener Entschlossenung der oberklosterlichen Menge geschieht dem deutschen Volke schweres Unrecht. Sie verweigert gegen den in der Abstimmung zum Ausdruck gebrachten Willen des Volkes. Das Ausland würde eine schmeizende Hinneigung auch dieses Unrechtes nicht verzeihen. Alle Schichten der Bevölkerung werden durch die angebotenen Verluste in ihren Lebensmöglichkeiten auf das schwerste beeinträchtigt. Der Verband heimatreuer Oberkloster, der politisch vollkommen neutral ist, ruft zu einer Massenuntergebung auf, die

Donnerstag, den 27. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr auf dem Hallmarkt

stattfinden soll. Sämtliche Betriebe werden gebeten, an diesem Tage in der Zeit von 4—5 Uhr zu schließen, um die Nacht der Raubuntergebung zu unterstützen.

Die Anprache hält der Vorsitzende des Verbandes heimatreuer Oberkloster.

3. November d. J. werden die Vorstellungen in der Lage zu den drei Tagen vor sich gehen. Wie als allgemein bekannt vorausgesetzt werden darf, finden diese Veranstaltungen leitens des Vaterländischen Frauenvereins Halle zum Besten der Kinderhilfe statt. Es heißt also ein gutes Werk unterstützen, wenn man sich an diesen Vorstellungen beteiligt. Die lebenden Bilder — darauf sei mit Nachdruck hingewiesen — werden ein tiefen künstlerischen Genus bieten. An die Ausführungen schließt sich ein Theatervorstellung mannigfacher Gestaltung an. Karten bei Posten und Koch.

## Hochschulnachrichten.

Der Oberbibliothekar Prof. Dr. Maurmann in Marburg ist in gleicher Eigenschaft an die Preussische Staatsbibliothek in Berlin versetzt worden. — Der Hilfsbibliothekar an der Universitätsbibliothek in Greifswald Dr. phil. Werner Budecke wurde zum Bibliothekar an der Preussischen Staatsbibliothek in Berlin ernannt. — Versetzt wurden die Hilfsbibliothekare Dr. Max Jabelt in Berlin und Dr. Walter Grottel an der Universitätsbibliothek in Berlin an die Preussische Staatsbibliothek in Berlin, sowie Dr. jur. Helmuth Schimming von der Preussischen Staatsbibliothek in Berlin an die Universitätsbibliothek in Berlin. — Ferner wurde der Hilfsbibliothekar an der Preussischen Staatsbibliothek in Berlin Dr. Heinrich Uppenfuß zum Bibliothekar an dieser Bibliothek ernannt. — Der Staatsarchivar Majorat Dr. Emil Schaus in Wiesbaden ist zum Direktor des Staatsarchivs in Koblenz ernannt worden. — Versetzt wurden die Staatsarchivare Majorat Dr. Otto Feinmann von Magdeburg an das Staatsarchiv in Wiesbaden und Dr. Gollub von Berlin an das Staatsarchiv in Königsberg.

## Provinzial-Nachrichten.

### Eine Hilfsaktion für die Gemeinden.

Sonneberg, 25. Okt. Im Rathaus fand am Freitag eine wichtige Konferenz in Anwesenheit des Thüringer Innensachverständigen Hermann, sowie Vertreter des Kreises, der Stadt und verschiedener Gemeinden statt, die sich in der Hauptfrage mit der Befreiung der finanziellen Notlage unserer Kreisgemeinden befaßte. Es soll eine Hilfsaktion eingeleitet werden. Wiederholt wurde in dieser Besprechung auf das langsame Arbeiten der Reichsämter in der Steuererfassung hingewiesen, wodurch die Gemeinden wesentlich in die letzte bedrückte Lage gekommen sind.

(7) Sonntags, 27. Okt. (Die schlagbaren Säume), Kalkstein, Eisen, Eisen, an der Brook-Strasse Halle, Nordhausen, zwischen hier und Meissen, bis zur Saalfeldgrenze sollen demnach gefaßt und verkauft werden. Es sollen dann die Säume angepaßt werden, die mehr Nutzen bringen.

(—) Beifall, 28. Okt. (Konzentrierung der Witsanwaftaktion) Mit dem 1. November d. J. werden die bisher nebenamtlich verwaliteten Amtsamtschaften bei den Amtsgerichten Herrschaft, Mansfeld, Wippra und Ermischen personell und die Erhebung der Geschäfte einem hauptamtlichen Amtsamtsamt, Sitz Eisenberg, unter dem Wahrschreiber des Amtsamtsamt

geschäfte bei den genannten Amtsgerichten wird vorläufig ein Staatsanwalt beauftragt, der auch die Schöffengerichtstermine wahrzunehmen hat.

Magdeburg, 26. Okt. (Raubmorderschuld) In der vergangenen Nacht wurde der Schmidt Hermann Ueberich aus Preuß.-Körbe bei dem Magdeburger Bahnhof von unbekannten Personen angegriffen und zu einem Gange in die Stadt verleitet. Auf der Strombrücke baute man den Ueberichslofen seiner Wäsche und warf ihn dann in die Elbe. Er wurde durch Polizeibeamte aus dem Wasser gefischt und dem Krankenhaus Mühlberg zugeführt.

Kronach, 25. Okt. (Der Stadtrat flagt an!) Der Stadtrat hat beschlossen, daß alle Kartellhöchstpreise der Stadt, die mehr als 50 M. für den Zentner betragen haben, aufgeföhrt werden. Ihre Uebernahme bei der Polizei nachgehrt zu machen. Diese sollen dann zur Wahrung des über 50 M. hinausgehenden Betrages veranlaßt werden und im Weiterungsfalle Strafanzug beim Staatsanwalt gestellt werden.

Jena, 25. Okt. (Die Drohung gegen Simon von Sanders). Auf Veranlassung der Deutschen Volkspartei sollte heute der Führer der Deutschen Militärmission, Simon von Sanders, im großen Volkshaus über seine Erlebnisse sprechen. Inzwischen ist der Vortrag wegen plötzlich eingetretener Veränderung des Vortragenden bis auf weiteres verschoben worden. Dazu veröffentlicht jedoch die Vorstände der Ortsgruppen der drei sozialistischen Parteien eine gemeinsame Erklärung folgenden Wortlauts: „Die Reaktionsäre Jena tun eine große Verleumdung im Volkshaus an. Der Arbeiterführer General Simon von Sanders soll sprechen. A rechter Jena! Ihr werdet das verhindern! Wir werden auch zu gegebener Zeit auftraffen!“ — Simon von Sanders ist Sekretor der Universitäts Jena.

## Vermischtes.

### Berufstellung eines Großhändlers in Eisenwaren.

Der Kaufmann und Fabrikant Robert Müller in Bergisch-Neuburg, am 19. Oktober 1879, geboren am 23. 8. 1879 in Neuburg, Geschäftsführer der „Eiswaren-Ges. m. b. H.“ in Bergisch-Neuburg, ist vom Landesgericht in Köln wegen Freiheitsberaubung zu einem Monat Gefängnis und 200 000 M. — zweihunderttausend Mark — Geldstrafe verurteilt worden. Der Angeklagte hat mit Eisenfabrikanten und Händlern in großem Umfang gehandelt. Das Landesgericht hat die Berufstellung in der vorstehenden Fassung durch Urteil angeordnet.

Köln, den 3. Oktober 1921. Der Oberstaatsanwalt

Diese amtliche Veröffentlichung findet sich im Wortlaut in Nr. 794 der „Frankf. Sta.“. Brano!

Der Sturm auf die Warenhäuser hat in Mainz in erschreckendem Umfang eingesetzt. Alles, was irgendwo von Nutzen ist, wird aufgekauft, in erster Linie Kleidungsfabrik und Schuhwerk. Die Lager sind schnell geräumt. Auch Lebensmittel werden stark begehrt. Ein geordneter Geschäftsbetrieb ist kaum noch möglich.

Wegen Mordes, begangen am 23. Februar d. J. an dem politischen Agnen für Polen Theodor Rosenfeld, der unter dem Namen Theodor Körner in Berlin lebte, stand am Freitag der 25. Jahre als Schuhmacher Chaim Buchhalter aus Russland vor dem Schwurgericht in Berlin. Rosenfeld hand bei seinen Kundsleuten als Verkäufer im Verdacht, und aus diesem Grunde wurde er von dem Angeklagten in seiner Wohnung erdolcht. Der Angeklagte wurde wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang unter Berücksichtigung aller Umstände zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.

„Müllers“ Preise. Der berühmte italienische Bariton Maria Battistini gastiert an der Staatsoper in Berlin am 3. November als „Rigoletto“ und am 7. November als René im „Mausoleum“. Preise der Plätze: Fremdenloge-Mitte 531,50 M., Fremdenloge-Seite und Orchesterloge 321,50 M., 1. Parkett 371,50 M., 1. Rang und 2. Parkett 261,50 M., 2. Rang 151,50 M., 3. Rang 106,50 M., 4. Rang-Sitzplatz 53 M., 4. Rang-Stehplatz 21 M.

## Sport der „Saale-Zeitung“.

### Der erste Schnee in den Bergen.

In der Nacht zum Montag ist der erste Schnee in den mittel-europäischen und süd-europäischen Bergen gefallen. Er hat allerdings nur ganz geringe Mengen gebracht, immens in der Anfangsperiode. Die Kletterer und Skifahrer werden gut tun, ihre Sportgeräte in Schuß zu bringen, da mit weiteren Schneefällen, zum mindesten aber mit Frostwetter zu rechnen ist.

Im Einzelnen berichten: Dresden — 6 Grad, Nordwest, nachts 2 Zentimeter Schneedecke, Raufrost, Winteranlasshaft, klares Frostwetter, tagüber Erwärmung um zu erwarten. — Feldberg im Schwarzwald: Reifne, Raufrost, Barometer 646 Millimeter Regen, Nordwest. — Hohenberg bei Winterberg: — 4 Grad, Nebel, Raufrost, leichte Schneedecke, 3 Zentimeter. — 19 Grad, Raufrost, Nebel, weitere leichte Schneefälle sind zu erwarten. 5 Zentimeter Reifne

### Zauberer Winterprogramm.

Als erster der großen Schweizer Winterporttage erscheint Dabos mit seinem reichhaltigen Sportprogramm. Wenn seine Gäste von Sonne und Schnee hat Dabos nur im Ober-Ganabin eine erstklassige Konkurrenz. Die Eislauf-saison wird im November eröffnet. Im Dezember werden die Schachschneehäuser in Betrieb genommen, ebenso die Schlittschuh-Bahnen. Der 28. und 29. Januar bringen die nationalen und internationalen Eislauf-Weltmeisterschaften. Die Klaffigen Hobbysportwettbewerbe, die sich tief in den Februar hineinziehen. Das Große Eiskennen der Schweiz findet am 3. und 4. Februar statt. Ende Februar werden die Eiskletterer auf dem Eise des Daboser Sees abgehalten, die rund 25 000 Francs an Preisen bringen.

### Voransagen für Berlin-Winter.

Donnerstag, den 27. Oktober.

1. M.: Wolke — Nebel; 2. M.: Zauberschauspiel — Gabelberg; 3. M.: Trümmen — Schützengraben; 4. M.: Dometta — Import; 5. M.: Ballenweg — Danneberg; 6. M.: Geierloch — Magdeburg; 7. M.: Berlin — Berlin.

